



SHIHO FUKADA

FOTO-TABLEAU

Wenn die Zelle zur Zuflucht wird 5/5

Einmal im Monat bekommt Frau O., die Dame im rosa Anzug, Besuch von ihrer Tochter. Als freudige Ereignisse darf man sich diese Begegnungen nicht vorstellen. «Ich habe kein Mitleid mit dir. Du bist erbärmlich», habe ihr die Tochter einmal an den Kopf geworfen, erinnert sich die 78-Jährige, die zum dritten Mal wegen Ladendiebstahls im Gefängnis sitzt. Das Strafmass für diese kleinen Delikte ist in Japan erstaunlich hoch: So wurde eine 84-jährige Witwe gleich beim ersten Vergehen – man hatte sie mit etwas Fleisch, geschnittener Wassermelone und einer Bento-Box erpapt – zu mehr als zwei Jahren Haft verurteilt. Gut 34 Prozent der Frauen, die in Japan festgenommen würden, seien über 65 Jahre alt, schreibt die Fotografin Shiho Fukada; der Grund ist in neun von zehn Fällen Ladendiebstahl, und die meisten dieser Frauen werden erst im Alter straffällig. Dahinter steht oft wirtschaftliche Not, aber auch Vereinsamung – beides Phänomene, die in einer überalterten Gesellschaft besonders stark zutage treten. Dass viele der Insassinnen körperlich oder seelisch labil, manche auch demenzkrank sind, bedeutet für das Gefängnispersonal eine Herausforderung, der nicht alle standhalten: Mehr als ein Drittel der Wärterinnen wechseln nach spätestens drei Jahren den Beruf.

Deutschland

Kandidat Merz und die Renaissance der Politik

Gastkommentar
von REINHARD MOHR

Die Deutschen mögen keinen Streit: Die Mehrheit will «Geschlossenheit», Einigkeit und Harmonie. Wenn Parteien zerstritten erscheinen, werden sie mit schlechten Wahlergebnissen bestraft. Horst Seehofer kann ein Lied davon singen. Angela Merkel dagegen, die ewige Kanzlerin, hat ihre Lektion schon vor langer Zeit gelernt: Die Zuspitzung politischer Debatten schadet nur dem Machterhalt.

Doch wie Goethes Faust wohnt auch den Deutschen stets eine zweite Seele in der Brust. Vor allem seit dem berüchtigten «Flüchtlingsherbst» 2015 wollen sie mehr denn je wissen, was eigentlich wirklich im Land passiert; sie wollen informiert und mit einbezogen werden. Doch dazu braucht es eine möglichst genaue, im Notfall offensive Auseinandersetzung über das, was ist und was getan werden muss. Politische Kommunikation ist mehr als die Ausgabe von beschönigenden Sprachregelungen per Talkshow und Podcast.

Auch deshalb ist die Methode Merkel an ihr Ende gekommen. Mit Friedrich Merz bewirbt sich nun ein Kandidat um den CDU-Vorsitz und damit auch um eine mögliche Kanzlerschaft, der für «klare Kante» und Lust an der politischen Auseinandersetzung steht, ja auch für Streit. Bis heute hallt seine Forderung nach einer «Leitkultur» nach. Genau das macht ihn offenbar attraktiv, ganz gleich, wie man politisch zu ihm steht. Dass Annegret Kramp-Karrenbauer, die neben ihm aussichtsreichste Bewerberin, gerade kein Kontrastprogramm liefert, sondern sich als wandelndes Konsensangebot in Merkelscher Kontinuität präsentiert, verstärkt eher noch den mobilisierenden Merz-Effekt.

Andererseits ist es kein Zufall, dass er als erfolgreicher Wirtschaftsanwalt mit vielen Aufsichtsratsposten unter einem moralischen Generalverdacht steht: Wer Millionen verdient und auch noch für die Finanzindustrie arbeitet, wird äusserst misstrauisch beäugt – das zeigen pejorative Begriffe wie «neoliberal», «Kasse machen» und «Heuschrecken». Merz, der von 2000 bis 2002 Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU im Deutschen Bundestag war, bevor Angela Merkel ihn verdrängte, dürfte diesen – wiederum sehr deutlich – Streit um seine Person allerdings vorausgesehen haben.

Doch der öffentliche Wirbel um ihn veranschaulicht zugleich, was bisher gefehlt hat: die offene Debatte auch in seiner Partei – nicht zuletzt über die Frage, ob ein auch ökonomisch erfolgreicher Geschäftsmann ungnädiger behandelt wer-

den soll als Spitzenpolitiker und Parteifunktionäre, die niemals einen bürgerlichen Beruf ausgeübt haben und über Jahre mehrere Universitätsstudiengänge ohne Abschluss durchliefen, bevor sie in den Gremien einer Partei Karriere machten. Ohne die Partei sind sie buchstäblich nichts.

Für die Bundesrepublik, die so oder so vor einem Umbruch steht, wird eine substantielle Renaissance der Politik entscheidend sein. Und da muss alles auf den Tisch, was die Zukunft der Republik betrifft. Es ist ein bezeichnendes Missverständnis, dass Merz' Kandidatur von linken Kritikern als «retro», als rückwärtsgewandt kritisiert wird – ganz so, als wäre seine mehrjährige Abwesenheit vom daueraufgeregten Berliner Politikbetrieb ein untrüglicher Hinweis darauf, dass er seit 2009, als er den Bundestag verliess, gleichsam geistig stehengeblieben sei und nun unverzüglich darangehen werde, das Rad der Geschichte zurückzudrehen – vom Atomausstieg bis zur Homo-Ehe.

In Wahrheit bietet die biografische Tatsache, dass Friedrich Merz gerade 63 Jahre alt geworden ist, auch eine Chance zur Rückbesinnung auf den Wesenskern einer demokratischen Republik. Er wird sich an die leidenschaftlichen Bundestagsdebatten über die Ostverträge Anfang der siebziger Jahre erinnern, an all die rhetorischen Schlachten zwischen Rainer Barzel und Herbert Wehner, Franz-Josef Strauss und Willy Brandt, Helmut Schmidt und Alfred Dregger.

Die spektakulären Grundsatzdebatten in Bonn waren prägend. Ja, es flogen die Fetzen, aber bei aller Erregung wurden Argumente ausgetauscht, oft sprachlich auf hohem Niveau. Es waren Sternstunden des Parlamentarismus. Der demokratische Meinungskampf wogte hin und her. Selbstverständlich hielt auch damals jeder seine eigene Sicht der Dinge für die richtige, aber die Existenz völlig anderer Meinungen galt als normal, ein hinzunehmendes Übel.

Das ist heute anders. Das Übel soll möglichst rückstandslos abgeschafft, zumindest marginalisiert werden. In dieser Situation, die – weil von quasireligiösem Furor durchdrungen – tatsächlich rückständig ist, könnte Friedrich Merz wieder an eine Grundtatsache demokratischer Auseinandersetzungen erinnern: So wenig wie den ewigen Frieden gibt es die ewige Wahrheit. Es muss also gestritten werden. Die Deutschen lieben den Konsens. Die Botschaft wäre: Er muss immer wieder neu errungen werden.

Reinhard Mohr ist deutscher Publizist und schrieb u. a. für «taz», «FAZ», «Stern» und «Spiegel».

«Roboterethik»

Ethik und Bewusstsein

Gastkommentar
von ANDREAS BRENNER

Die Rede vom «Kollegen Computer» und «Kollegen Roboter» hat sich schon so sehr in unserem Alltag verbreitet, dass man, wenn man etwas unbedacht ist, auf die Idee kommen könnte, es handle sich hier um einen von uns. Auch Thomas Beschorner scheint auf diesen Gedanken verfallen zu sein und will, um den neuen Kollegen nun vollständig einzugemeinden, ihm eine eigene Ethik verpassen (NZZ 1. 11. 18). Unter dem Begriff der «Roboterethik» will Beschorner nun nicht etwa einen spezialisierten Zweig der angewandten Ethik, wie es ihn als Technikethik schon lange gibt, verstehen, sondern will den neuen Ethiktyp in Analogie zur Tierethik begreifen: Ganz in diesem Sinne solle Roboterethik dann «Fragen der Verantwortung gegenüber Robotern enthalten».

Diese Position ist mehr als schräg: Wenn Beschorner der Philosophie sinnlose Planspielerei vorwirft, so trifft dies auf den Ansatz der Roboterethik auf jeden Fall zu. Denn was soll es bedeuten und wie soll die Begründung dafür aussehen, wenn wir Menschen den Maschinen Rechte zuschreiben? Darüber nachzudenken, kann sich dennoch lohnen, hilft es doch, die für die Ethik relevanten Begriffe von «moral agent», dem Akteur, und «moral patient», dem Betroffenen einer Handlung, zu schärfen. Die von Beschorner kritisierten bewusstenphilosophischen Ansätze werden gerade hier relevant: Denn immer, wenn wir von Verantwortung reden, setzen wir Bewusstsein voraus. So trägt der moralische Akteur nur deshalb Verantwortung, weil er Bewusstsein hat, so wie auch der von einer Handlung Betroffene über Bewusstsein verfügt. Dass das Bewusstsein im ersten Falle anspruchsvoller ist, es sich um ein reflexives Selbstbewusstsein handelt und im zweiten Fall bereits ein primäres Selbstbewusstsein genügt, diese Unterscheidung nicht gemacht zu haben, hat Immanuel Kant zu seiner verhängnisvollen Sicht der Tiere als Sachen geführt.

Wenn gleich wirkungsmächtig, ist diese Position dennoch argumentativ schwach gewesen, wie die sensualistisch argumentierenden Positionen von Bentham und Schopenhauer gezeigt haben: Um Eingang in den Kreis der ethisch zu berücksichtigenden Wesen zu finden, kommt es letztlich alleine darauf an, ob jemand geschädigt werden kann.

Und hier, das sei Beschorner zugestanden, wird die Sache lehrbuchhaft interessant: Was wäre, wenn unsere neuen Maschinen eines Tages ein solch primäres Bewusstsein entwickeln würden? Ja, dann, das ist klar, wäre eine Roboterethik im von Beschorner beschriebenen Sinne gefordert. Nun sind die Roboter aber davon in der Praxis noch sehr weit entfernt. Wer das anders sieht, der läuft in die Falle einer irreführenden Rhetorik, die

sowohl technologieeuphorischen als auch technologiekritischen Ursprungs sein kann: Denn Maschinen verfügen noch lange nicht über irgendeine Form dieses moralrelevanten Bewusstseins. Und so haben «autonome Maschinen» auch keine Autonomie (reflexives Selbstbewusstsein) und auch kein primäres Selbstbewusstsein.

Oder glaubt etwa im Ernst jemand, der selbstfahrende Tesla, der einen Menschen überfahren hat, martere sich anschliessend mit Selbstvorwürfen, finde keinen Schlaf mehr und leide physisch an den Folgen des Zusammenpralls? Oder, um ein Beispiel aus Beschorners eigenem Arbeitsfeld, der Wirtschaftsethik, zu nehmen: Der robotergesteu-

Denn immer, wenn wir von Verantwortung reden, setzen wir Bewusstsein voraus.

erte Hochfrequenzhandel führt durch Fehlanreize, auf die dann andere Roboter ihrerseits mit den falschen Kauf- bzw. Verkaufsbefehlen reagieren, immer wieder zu gewaltigen Kurseinbrüchen. Sollte, wer auf diese Art sein Geld verloren hat, den Roboter für seinen Verlust in Haftung nehmen? Man sieht, die Maschinen brauchen noch lange keine Ethik, was Not tut, ist nicht eine Roboterethik, sondern die Weiterentwicklung der Anthropoethik. Die muss nicht nur weiter am Begriff der Verantwortung arbeiten (wer trägt die Verantwortung, wenn ich von meinem eigenen Auto überfahren oder von meinem eigenen – roboter – Broker in den Ruin getrieben werde?).

Eine neue Ethik der digitalen und roboter Zivildisation müsste auch eine Antwort auf die Frage geben, wer oder was und mit welchen Gründen die Lebenswelt von Menschen so umbaut, dass sie sich gezwungen fühlen, sich an den zu Ansprüchen und Bedürfnissen erklärten Algorithmen auszurichten.

Andreas Brenner ist Professor für Philosophie an der Universität und der FHNW in Basel, wo er Wirtschaftsethik lehrt, und Autor von «Wirtschaftsethik. Das Lehr- und Lesebuch».